

Jürgen Rose

»Enduring Freedom« versus »Gerechter Friede«

Lästige Betrachtungen zum Krieg gegen den Terror

Dipl.-Pädagoge Jürgen Rose,
Oberstleutnant, Luftwaffenamt, Köln

Nach dem 11. September, so ist allerorten zu vernehmen, sei »alles anders«, sei die Welt nicht mehr dieselbe wie zuvor. In der Tat ist die Dimension des »Mammutverbrechens«, wie der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt formuliert hat, beispiellos. Mit Fug und Recht war das Entsetzen also groß. Erstaunt konnte man allerdings nicht wirklich sein, zeichnete sich doch eine derartige Entwicklung schon seit Jahren ab. Indessen herrschte eine nahezu unbegrenzte Ignoranz im Hinblick auf die Ursachen und Entstehungszusammenhänge des internationalen Terrorismus und zum Teil herrscht diese noch immer. Zieht man zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine überschlägige Bilanz des globalen Krieges gegen den Terror, so fällt diese eher ernüchternd aus:

- Aus dem angeblichen Anti-Terror-Krieg in Afghanistan wurde sehr schnell ein klassischer, ordinarer Krieg gegen ein Land, sein Regime und seine Bevölkerung.
- Die Zahl der Opfer, die die Luftangriffe unter der afghanischen Zivilbevölkerung forderten, bewegt sich zwischen mindestens 1.000 bis zu 5.000; nicht berücksichtigt ist dabei die Zahl der Opfer, die mittelbar durch die Auswirkungen des Krieges – nämlich auf der Flucht und durch Hunger – ums Leben kamen: Diese beträgt nach einschlägigen Berechnungen mindestens 3.000. Insgesamt übersteigt demnach die Zahl der unschuldigen zivilen Todesopfer des so genannten Anti-Terror-Krieges gegen Afghanistan die Zahl der durch die Terroranschläge in den USA Getöteten (ca. 2.800) erheblich. Der Bischof der Evangelischen Kirche in Sachsen, Axel Noack, moniert aus diesem Grunde mit Nachdruck die »verbrauchende Terrorismusbekämpfung«, die es billigend in Kauf nimmt, Unschuldige zu Opfern zu machen. Unter moralischen Aspekten resultiert in diesem Zusammenhang die Frage, ob sich die Maxime rechtfertigen lässt, gemäß der es erlaubt ist, Unschuldige zu töten, um andere Unschuldige zu rächen und um potentielle Opfer zukünftiger terroristischer Anschläge zu retten.
- Seine ursprünglich deklarierten Ziele hat der Anti-Terror-Krieg verfehlt: Weder Osama bin Laden noch Mullah Omar wurden bisher gefasst, die Al Quaida ist immer noch nicht endgültig besiegt, die Kämpfe in Afghanistan dauern an; man muss abwarten, ob eine Stabilisierung der Region in Zukunft gelingen wird.

¹ Bush, George W., Rede vor Offizieren an der Militärakademie West Point, in: Die Zeit vom 6.6.2002.

»Wir müssen den Kampf zum Feind bringen und den schlimmsten Bedrohungen entgegentreten, bevor sie entstehen.«
George W. Bush¹

- Der internationale Terrorismus ist nach wie vor virulent, wie die Terrorattacken von Djerba oder Karachi zeigen; die US-Behörden geben zu Protokoll, dass sie weiterhin mit schwerwiegenden Terroranschlägen rechnen, und sie wurden in ihrer Diagnose am 10. Juni bestätigt, als in Chicago ein mutmaßlicher Terrorist festgenommen werden konnte, der angeblich einen Anschlag mit einer so genannten »schmutzigen« Atombombe geplant hatte.
- Was die Terrorbekämpfung mit militärischen Mitteln betrifft, müsste folgender Sachverhalt zu denken geben: Seit den 70er Jahren geht Israel mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, unter Anwendung brutaler Gewalt und unter systematischer Missachtung jeglichen Völker- und Menschenrechts – also mit maximaler Intensität – gegen den palästinensischen Terror vor. Dabei verursachen die israelischen Gegenmaßnahmen unter der palästinensischen Bevölkerung annähernd zehnmal so viele Tote wie der palästinensische Terror unter der israelischen Bevölkerung. Trotz dieser hemmungslosen Anwendung militärischer Gewalt zur Terrorbekämpfung ist zugleich aber von allen Staaten der Welt gerade Israel der Staat, der von Terroranschlägen am intensivsten betroffen ist.
- Geht man von der Prämisse aus, dass aus Elend Verzweiflung resultiert und Verzweiflung wiederum Hass und Gewalt hervorbringt, dann müssten eigentlich am dringlichsten Strategien der Elendsbekämpfung gefragt sein. Militärische Terrorbekämpfungsstrategien erscheinen daher vor allem unter längerfristiger Perspektive als eher nachrangig, weil sie auf das Symptom anstatt die Ursache des Terrors abheben. Nichtsdestotrotz werden unabirrt in militärische Gewalt- resp. Gegengewaltpotentiale ungeheure Summen investiert: So gibt die größte Militärmacht der Welt, die USA, in diesem Jahr mehr als 900 Mio. USD täglich für Rüstung aus. Schon ab 2003 werden es täglich mehr als 1.000 Mio. USD pro Tag sein, und nach derzeitiger Planung soll diese Summe bis 2007 auf über 1.200 Mio. USD täglich anwachsen.

Demgegenüber betragen die Entwicklungshilfearausgaben der USA magere 9,15 Mrd. USD im Jahr 2001 oder anders ausgedrückt: Die Ausgaben für militärische Terrorbekämpfung übersteigen die Aufwendungen zur Elendsbekämpfung um mehr als das Sechsunddreißigfache. Für die Europäische Union sehen die entsprechenden Zahlen in ihrer absoluten Höhe weit weniger drastisch aus, weisen aber ähnlich Relationen auf.

Im Hinblick auf diesen geschilderten Sachverhalt drängt sich dem unvoreingenommenen Betrachter der Eindruck auf, dass sich die Wohlstandschauvinisten dieser Welt lieber bis an

die Zähne bewaffnen, um ihren gewohnten Way of Life abzusichern, und dabei die Armen und Ärmsten auf dem Globus mit einem so genannten Anti-Terror-Krieg überziehen, anstatt die zur Verfügung stehenden, ja nicht unbeträchtlichen Mittel vermehrt in die Bekämpfung der Ursachen für den Terror und damit in die Gewaltvorbeugung zu investieren.

Warum aber, so lautet die Frage, warum existiert diese bemerkenswert unausgewogene Ausgabenpolitik? Um sich der Beantwortung dieser Frage anzunähern, muss man sich zunächst einer weiteren Frage zuwenden, die bereits in der Antike formuliert wurde und die da lautet: *Cui bono?* – also: Wem nützt eine solche Politik, wer profitiert von ihr? Oder modern, auf »neurömischem« ausgedrückt: »Where does the money go?« Nehmen wir den bereits erwähnten Rüstungshaushalt der USA als Beispiel, so ist zu konstatieren, dass ca. 35 Prozent des Budgets für Investitionen in militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung gehen. Dies entspricht in den Jahren 2002 – 2007 einer Summe zwischen jeweils 117 und 160 Mrd. USD, die in den vom amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower so bezeichneten »Militärisch-industriellen Komplex« fließen. Hierzu ein Beispiel aus jüngster Zeit: Ende Oktober letzten Jahres vergab das Pentagon »den größten Rüstungsauftrag in der Geschichte« an den kalifornischen Konzern Lockheed Martin. Der Auftrag bezieht sich auf den Bau eines neuen Kampfflugzeugs, dem *Joint Strike Fighter* (JSF). Er soll dem Unternehmen etwa 200 Milliarden USD einbringen. Darüber hinaus wird dieser Rüstungsauftrag mehr als 8.000 Menschen einen Job bei Lockheed Martin sichern. Zudem profitiert die ganze Region um Dallas/Fort Worth von dem Rüstungsauftrag, von der Baubranche über Einkaufszentren bis zu Zulieferbetrieben. Die Milliarden bedeuten Kaufkraft und Prosperität. An dem Projekt werden aber auch Zehntausende von Amerikanern in 27 Bundesstaaten bei den Zulieferfirmen arbeiten. Die Frankfurter Rundschau titelte dazu: »In Nordtexas knallen die Sektkorken«.

Die Verhältnisse sind indes weitaus komplexer, als es das geschilderte Beispiel nahelegt: Zu berücksichtigen ist nämlich, dass Rüstungsausgaben über Steuern finanziert werden, eigentlich eine banale Feststellung. Weniger banal ist allerdings der Umstand, dass sich unter den Vorzeichen der Globalisierung die Verteilung der Steuerlast sehr ungleich entwickelt hat. Während die großen Konzerne und die Spitzenverdiener der *Upper Class* über schier unlimitierte Möglichkeiten zur Steuervermeidung verfügen, wird der Löwenanteil der staatlichen Steuereinnahmen von Mittelstand und *Lower Class* aufgebracht. Bezogen auf die Frage, warum auf militärische Terrorbekämpfungsstrategien ein solch großes Schwergewicht gelegt wird, ist unter dem Aspekt des »*Cui bono*« festzustellen, dass hauptsächlich die *Lower* und *Middle Classes* den Anti-Terror-Krieg finanzieren, während in erster Linie die gigantischen Rüstungskonglomerate und deren Eigener aus der Schicht der Vermögenden von ihm profitieren. Anzumerken bleibt, dass Krieg schon immer ein lohnendes Geschäft war.

Noch ein weiterer Sachverhalt ist in dem zu hinterfragenen Kontext von Bedeutung, nämlich wer eigentlich diesen Anti-Terror-Krieg führt, d. h. wer persönlich in die globalen Kriegseinsätze geschickt wird. Empirisch betrachtet rekrutiert sich das Personal der Streitkräfte in den westlichen Industrienationen vor allem aus dem eher kleinbürgerlich

zu nennenden Milieu. Soziologisch gesehen handelt es sich beim Militärberuf um einen ganz typischen Aufsteigerberuf, während zugleich die sozialen und ökonomischen Eliten der Gesellschaft gegenüber der Organisation Militär vornehme Zurückhaltung üben. Bezieht man diese Tatsache wiederum auf den Anti-Terror-Krieg, so lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass vorwiegend die Abkömmlinge der *Middle* und *Lower Class* für die *Upper Class* in einen Krieg ziehen, aus dem letztere sich selbst und ihre Nachkommen lieber fernhält.

Ein letzter Umstand scheint in diesem Kontext noch von Bedeutung, nämlich wie unter volkswirtschaftlicher Perspektive der Strom des für Militär, Rüstung und Krieg aufgewandten Geldes fließt. Für die Rüstungsindustrien des Westens gilt, dass diese nach wie vor primär national strukturiert sind: Auf der einen Seite stehen die gigantischen Rüstungskonzerne in den USA, auf der anderen Seite in etwas kleinerem Maßstab die der Europäischen Union. Entscheidend ist nun, dass die Rüstungsausgaben im Wesentlichen innerhalb der nationalen Ökonomien verbleiben, d. h. es sind die Rüstungsgiganten und ihre Eigener, die von einer derartigen Mittelallokation profitieren – Strategien militärischer Terrorbekämpfung lohnen sich für sie gerade auch unter volkswirtschaftlichen Aspekten.

Anders sieht es unter einer solchen Betrachtungsweise dagegen mit den erwähnten Elendsbekämpfungsstrategien aus: Die Schaffung sicherer Ernährungsgrundlagen, die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser, Bildungsoffensiven, Hilfe zur Geburtenkontrolle, Unterstützung von »*Good Governance*«, das ganze weite Spektrum von Entwicklungshilfe bedeutet den Abfluss der hierfür bereitgestellten Mittel in die betroffenen Länder und Regionen selbst – zumindest, wenn Entwicklungshilfe nicht als verkappte Exportförderung begriffen wird. Volkswirtschaftlich gesehen eignen sich derartige Ausgaben nicht zur kurzfristigen Profitmaximierung, sondern werfen allenfalls langfristig einen Gewinn ab, dann nämlich, wenn entwickelte Volkswirtschaften entstehen, mit denen wiederum lukrative Wirtschaftsbeziehungen etabliert werden können.

Um die gerade angestellten Überlegungen zusammenzufassen: Die Frage nach dem »*Cui bono*« ist geeignet, Irritationen auszulösen und die so naheliegende, mit Verve verfolgte Strategie der Terrorbekämpfung mit militärischen Mitteln gewissen Zweifeln auszusetzen. Als Bürgerinnen und Bürger dieser Republik sollten wir uns die Frage stellen, ob wir die aufgezeigten politischen Strategien und Zusammenhänge als die Prämissen akzeptieren wollen, unter denen wir unsere Zustimmung dafür geben, die Bundeswehr in die Globalisierungskriege der Zukunft zu entsenden. Denn in einer Demokratie sind es ja die Bürgerinnen und Bürger, die letztlich darüber entscheiden, *ob* ihre Streitkräfte in den Krieg ziehen, in welche Kriege sie ziehen und *wie* sie zur Erfüllung derartiger Aufträge ausgestattet und strukturiert werden, kurz welches Profil sie aufweisen sollen.

Abschließen möchte ich meine Ausführungen mit einer kleinen Geschichte, die kürzlich ein slowenischer Philosoph, Slavoj Zizek, verfasst hat. Sie lautet folgendermaßen:

»In einem alten DDR-Witz wird einem Mann Arbeit in Sibirien zugewiesen. Da er weiß, daß alle Post zensiert werden wird, sagt er seinen Freunden: »Laßt uns einen Code verabreden: Wenn ich euch einen Brief mit

gewöhnlicher blauer Tinte schreibe, ist sein Inhalt wahr. Ist er mit roter Tinte geschrieben, ist er falsch.« Nach einem Monat erhalten seine Freunde den ersten mit blauer Tinte geschriebenen Brief: »Hier ist alles ganz wunderbar. Die Geschäfte sind voller Waren, Lebensmittel gibt es reichlich, die Wohnungen sind groß und ordentlich geheizt, die Kinos zeigen Filme aus dem Westen, und es gibt viele hübsche Mädchen, die auf eine Affäre aus sind – das einzige, was man nicht bekommen kann, ist rote Tinte ...«

Zizek knüpft an diesen Witz die Frage an: »Ist das nicht genau das Grundmuster, nach dem Ideologie funktioniert? Nicht nur unter ‚totalitärer‘ Zensur, sondern vielleicht auch unter den verfeinerten Verhältnissen liberaler Zensur? Wir ‚fühlen uns frei‘, weil uns die Sprache fehlt, unsere Unfreiheit auszudrücken. Die fehlende rote Tinte bedeutet heute, dass alle wesentlichen Begriffe, die wir gebrauchen, um den gegenwärtigen Konflikt zu charakterisieren – ‚Krieg gegen den Terror‘, ‚Menschenrechte‘ und so weiter –, falsche Begriffe sind, die unsere Wahrnehmung der Situation mystifizieren, anstatt den Gedanken zuzulassen: Unsere ‚Freiheiten‘ selbst verdecken unsere tiefere Unfreiheit und erhalten sie. Das glei-

che gilt für die uns angetragene Wahl zwischen ‚Demokratie oder Fundamentalismus‘.«

Angesichts der Anmerkungen dieses slowenischen Zeitgenossen drängt sich die Frage auf, in welcher Farbe eigentlich die Redetexte unserer Politiker geschrieben sind.

Wo aber bleibt, um mit Erich Kästner zu sprechen, wo aber bleibt am Ende nun das Positive? Eine schwierige Frage, die, fürchte ich, sich einer kurzen und schneidigen Antwort entzieht. Ein Fingerzeig indes lässt sich erkennen: Die deutschen Bischöfe nämlich haben einen ganz einfachen, präzisen, unmissverständlichen Satz geprägt, und dieser Satz lautet: *Gerechtigkeit schafft Frieden*. Sie führen dazu aus: »Das Leitbild des gerechten Friedens beruht auf einer letzten Endes ganz einfachen Einsicht: Eine Welt, in der den meisten Menschen vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, ist nicht zukunftsfähig. Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt. Verhältnisse fortdauernder schwerer Ungerechtigkeit sind in sich gewaltgeladen und gewaltträchtig. Daraus folgt positiv: ‚Gerechtigkeit schafft Frieden‘.«

Jürgen Hafemann

Präventives Konfliktmanagement im Zusammenhang mit der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie im Flusseinzugsgebiet der Oder

Jürgen Hafemann, Dr., Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Die »Petersberger Erklärung« (PE)¹ vom März 1998 bezeichnet gemeinsame Visionen als Schlüsselfaktor für ein konfliktarmes und effektives Management internationaler Wasserressourcen. Der bevorstehende Beitritt der Republiken Polen und Tschechien zur Europäischen Gemeinschaft stellt die anspruchsvolle Aufgabe, solche gemeinsamen Visionen mit Ländern zu teilen, die unterschiedlich entwickelte Volkswirtschaften, ungleich gewachsene politische Systeme und Verwaltungsstrukturen, verschiedene Rechtstraditionen, Standards des Umweltschutzes sowie divergierende Formen ökologischen Bewusstseins in die Gemeinschaft einbringen. Je deutlicher die Unterschiede der Anrainerstaaten hinsichtlich ihrer politischen Systeme und gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen, des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus und ihrer infrastrukturellen Kapazitäten sind, desto größer sind die Anforderungen an ein konsensfähiges grenzüberschreitendes Gewässermanagement.

Mit ihrer Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)² haben die bishe-

rigen Mitgliedsstaaten der EU eine gemeinsame Vision von nachhaltiger Nutzung europäischer Wasserressourcen in ein strategisches Aktionsprogramm für die kooperative Bewirtschaftung auch der grenzüberschreitenden Gewässer umgesetzt. Die Vielzahl bisher geltender Wasserrichtlinien wurde durch ein einheitliches und modernes europäisches Wasserrecht ersetzt. Gelten wird dieses Recht auch für die künftigen Mitgliedsländer der EU – freilich ohne dass sie am Entwurf dieser Vision mitwirken konnten.

Die wichtigsten Elemente der WRRL³:

1-22. Auch: <http://www.tu-harburg.de/~wwven/eu-wrrl.htm>.

Die »Richtlinie 2000/60 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik« (WRRL) trat am 22.12.2000 in Kraft und bündelt die bisher auf über 30 EU-Richtlinien verteilten Vorgaben zu Gewässerbewirtschaftung in der EU. Die zwei wichtigsten Ziele der WRRL:

1. Schaffung eines Ordnungsrahmens für die Europäische Wasserwirtschaft und Bündelung des wasserwirtschaftlichen Handelns in Maßnahmenprogrammen bzw. Bewirtschaftungsplänen bis 2009.
2. Erreichung eines guten Gewässerzustandes (aller Oberflächengewässer und des Grundwassers) in allen Ländern der EU innerhalb von 15 Jahren.

3 Vgl. hierzu: Moss, Timothy: Die EU-Wasserrahmenrichtlinie als Beispiel eines Institutionenwandels: Forschungsbedarf und Erklärungsansätze aus politik- und raumwissenschaftlicher Sicht, in: Flusseinzugsgebietsmanagement und Soziökonomie. Konfliktbewertung und Lösungsansätze,

1 Vgl. 1. Petersberger Gespräch »Globale Wasserpolitik« Petersberg bei Bonn, 3. – 5. März 1998; Petersberger Erklärung, Entwicklungspolitisches Forum/DSE, Berlin 1998

2 Siehe Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften v. 22.12.2000, L 327,